

Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Teil

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden



Kreis-Blatt
des Rheingau-Kreises.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Fernsprech-Anschluß Nr. 9

Bezugspreis: viertel-
jährlich M. 6.—, in
der Geschäftsstelle ab-
geholt M. 5.80; durch
die Post bezogen viertel-
jährlich M. 6.— ohne
Postgeld.

Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.

Anzeigenpreis:
die kleinste (Petit) Zeile
ab. deren Raum 20 Pfg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil (soweit inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die Petitzelle ab. deren
Raum 60 Pfg.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Erwerbszuschlag.

N 79

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Dienstag, 6. Juli

Verlag der Buch- und Steinbrucker
G. Scher & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1920.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 17. d. Mts., v. 1652, bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß nach Mitteilung der Geologischen Landesanstalt mit der Ausführung der geologischen Aufnahmearbeiten im hiesigen Kreise außer dem Landesgeologen H. G. Bergat Professor Dr. Pappal u. dem Geologen Dr. Schloßmacher aus Berlin auch noch der Bezirksgeologe Dr. Fuchs aus Berlin beauftragt ist.

Rüdesheim, den 29. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mülhens.

Bekanntmachung.

Der Vorstand des Deutschen Samaritervereins in Kiel hat, um die Kenntnis der zur Wiederbelebung Ertrunkener geeigneten Maßregeln in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten, eine durch Zeichnungen erläuterte Anweisung zusammenstellen und auf Blechtafeln drucken lassen, welche unentgeltlich an die Eigentümer und Führer aller preußischen See-, Fluß- und Binnen-Schiffe abgegeben werden, die sich in der Empfangsberechnung zur Anheftung der Tafeln verpflichten. Zudem ich dies zur allgemeinen Kenntnis bringe, bemerke ich zugleich, daß die Tafeln bei den Hafenbeamten von Rüdesheim zu erhalten sind.

Derselbe hat die fraglichen Tafeln an diejenigen Schiffseigentümer unentgeltlich zu verabfolgen, welche sich in der Empfangsberechnung zu deren Anheftung verpflichten.

Rüdesheim, den 30. Juni 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mülhens.

Anordnung

betreffend Höchstpreise für Obst und Gemüse.

Nach Anhörung der nach § 2 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und der Versorgungsregelung vom 25. September 1915 bezw. 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 1007/728) für den Rheingaukreis errichteten Preisprüfstelle werden für den Rheingaukreis folgende Erzeuger- und Kleinhandels-Höchstpreise für Obst und Gemüse festgesetzt:

Ware	Erzeugerpreis	Kleinhandelspreis je Pfund
Apfel	1.30 M.	1.70 M.
Johannisbeeren	0.70 M.	0.90 M.
Stachelbeeren	0.75 M.	0.90 M.
Aprikosen	1.65 M.	2.10 M.
Himbeeren	1.80 M.	2.10 M.
Salat je Stck	0.20 M.	0.30 M.
Kartoffeln (ohne Kraut)	0.65 M.	0.80 M.
Buchbohnen	1.80 M.	2.10 M.
Wirsing und Weißkraut	0.60 M.	0.80 M.
Kohlrabi	0.45 M.	0.55 M.
Zwiebeln ohne Kraut	0.70 M.	0.85 M.
Erbsen (mit Schoten)	0.70 M.	0.90 M.
Blumenkohl	1.80 M.	2.20 M.
Römischkohl (Wangold)	0.25 M.	0.35 M.
Bräutbirnen	0.90 M.	1.20 M.
Heidelbeeren	—	3.00 M.
Salatkurven	0.70 M.	0.85 M.

Vorgenannte Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes über Höchstpreise. Für vorgenannte Waren dürfen niedrigere, nicht aber höhere Preise gefordert werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 6 des Gesetzes über Höchstpreise verfolgt.

Die Obst- und Gemüse-Kleinhandler werden nach § 6 des eingangs angeführten Bekanntmachung

verpflichtet, im Verkaufsraum oder am Betriebsstand ein Preisverzeichnis der zum Verkaufe stehenden Waren auszuhängen.

Alle anderen Bekanntmachungen über Höchstpreise für Obst und Gemüse, auch die Bekanntmachung des Magistrats Eltville vom 1. Juli 1920, werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Rüdesheim, den 3. Juli 1920.

Der k. Landrat des Rheingaukreises.
Dr. Mülhens.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums (R. G. Bl. Nr. 109 vom 12. Mai 1920) werden hiermit die festgesetzten Preise für fetthaltige Waschmittel bekanntgegeben:

1 Stck reine Kernseife	M. 5.—
1 Doppeltstck reine Kernseife	M. 10.—
1 Stck reine Feinseife	M. 5.—
1 Stck Kastelseife	M. 2.50
1 Stck R. A.-Seife	M. 2.—
1/2 Pfd.-Paket Seifenpulver	M. 3.50
1 Pfd.-Paket Seifenpulver	M. 7.—

Diese Preise sind Höchstpreise! Die Seifen- und Seifenpulverpakete werden in Zukunft mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisaufdruck hergestellt.

Rüdesheim a. Rh., den 1. Juli 1920.

Reichswirtschaftsamt des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Bei den im verflossenen Jahre im Bereich der Oberförsterei Rüdesheim vorgekommenen Waldbränden hat sich die Bevölkerung sehr wenig geneigt gezeigt, der Aufforderung, sich an den Wärdarbeiten zu beteiligen, Folge zu leisten. Nach § 44 des Feld- und Forstpolizeigesetzes ist die Verweigerung der Hilfeleistung mit Strafe bedroht. Die Bevölkerung wird deshalb dringend ermahnt, vorkommendenfalls mehr als bisher die Hilfeleistung bei Waldbränden als eine staatsbürgerliche und im allgemeinen Interesse liegende Pflicht anzusehen und der Aufforderung daher willig Folge zu leisten.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für Hilfeleistungen bei Waldbränden Belohnungen und Ersatz für verbrauchtes Schutzzeug usw. künftig in weit höherem Maße, als bisher üblich, gewährt werden.

Rüdesheim, den 2. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung:
Reumann.

Reichstag.

Berlin, 30. Juni. Die Interpellationen Arnstede (Dnati.) betreffend Vorbereitung zum Generalstreik, Ertelenz (Dem.), Trimborn (Zentr.), Stresemann (Deutsche Bp.) betreffend die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, und Henke (U. Soz.) betreffend fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise, werden nach der Erklärung des Vizeministers Dr. Heinze in den nächsten Tagen beantwortet werden. Der schnelle Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Aufhebung der gegen den Abgeordneten Wittwisch (U.S.) verhängten zweijährigen Festungstrafe für die Dauer der Sitzungsperiode wird angenommen, ebenso der schnelle Antrag Schulz, Bromberg (Dnati.), auf Auf-

hebung des gegen den Abgeordneten van den Kerckhoff (Dnati.) beim Finanzamt in Bohnwinkel schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. Darauf folgt die Besprechung der Erklärung der Regierung fort.

Trimborn (Zentr.): Eine wesentliche Aufgabe, die dem neuen Reichstag zu lösen obliegt, ist die Durchführung des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus und die innere politische Festigung des Reiches. Die Grundlage aller dahingehenden Arbeit muß die Reichsverfassung sein. Sie ist unerrückbar. (Beifällige Zustimmung.) Wir haben es mit Freude begrüßt, daß die Deutsche Volkspartei diesmal ihre Mitarbeit nicht verweigert hat. Das bedeutet eine wesentliche Stärkung der Regierung. Auf der andern Seite müssen wir im Interesse des Vaterlandes lebhaft beklagen, daß die Sozialdemokratische Partei sich nicht hat entschließen können, in die neue Regierung einzutreten. Die Sozialdemokratische Partei hat es in der Hand, das Kabinett und den Reichstag lahmzulegen. Auf ihr ruht deshalb ein besonders großes Maß politischer Verantwortung. Ich zweifle nicht daran, daß die Führer der Partei sich dessen wohl bewußt sind. Weiten Kreisen des Volkes ist die Schwierigkeit, in der unser Vaterland lebt, noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Das zeigt die geringe Wahlbeteiligung. Das ist nicht gerade ein besonders gutes Zeichen für

die politische Reife unseres Volkes.

In Spa werden wir unsere Gegner davon überzeugen müssen, daß ihre Vorwürfe wegen mangelhafter Erfüllung des Friedensvertrages nicht berechtigt sind. Arbeitskraft und Lebenslust kann bei uns nicht aufkommen, wenn uns nicht die Lebensmöglichkeit gegeben wird. (Beifällige Zustimmung.) Gegen Verletzungen des Versailles-Friedensvertrages zu unsern Ungunsten müssen wir eine ernste Sprache führen. Das gilt insbesondere von der Sperrung des polnischen Korridors für unseren Verkehr und von der neuerdings erfolgten Beschlagnahme der Abstimmungsausweise. Das Programm der inneren Politik, das der Reichstanzler entwickelte, findet in allen wesentlichen Punkten unsern vollen Beifall. Der großen Mehrheit des Volkes liegt an nichts mehr als an einer starken Regierung. (Beifällige Zustimmung.) Unsere finanzielle Entwicklung droht geradezu katastrophal zu werden. Die Steuererträge müssen energig durchgeführt werden. Im ganzen ist die Steuerreform ein gelungenes Werk. Das schließt aber nicht aus, das technische Einzelheiten verbesserungsfähig sind.

Strengste Sparsamkeit

Ist notwendig im Reich und in den Ländern, wo allem in der Verwaltung. An Beamten muß gespart werden. Was soll man dazu sagen, daß in einer Stadt für 315 Arbeitslose 31 Beamten tätig sind? Es ist geradezu unbegreiflich, wie der preußische Finanzminister sich in dieser Zeit den Luxus von Zwangspensionierungen leisten will. Der Ausbau der Arbeiterrechte, des Angestellten- und des Dienstbotenrechts darf nicht aus den Augen verloren werden. Die Beförderung der Volksernährung ist nur zu erreichen durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Ich bin der Überzeugung, daß Deutschland sich wieder aufrichten wird, wenn uns in Spa nicht die Lebensbedingungen unterbunden werden, und wenn wir tüchtig arbeiten.

Dr. Stresemann (Deutsche Bp.): Die Regierungsbildung ist einer starken Kritik ausgesetzt gewesen, und diese Kritik hat sich zum Teil auch gerichtet gegen unser parlamentarisches System. Man wird dieser Kritik

das eine zugeben müssen, daß das parlamentarische System, wenn es Bestand haben soll, an gewisse Voraussetzungen geknüpft ist. Die eine Voraussetzung kann gegeben sein in der politischen Tradition des Volkes, das so auf diese Regierungsform eingestellt ist, daß sich die Regierungsbildung vollzieht wie bis in die jüngste Zeit in England, wo sich alles weitere aus dem Zweiparteiensystem ergibt. Diese Voraussetzung ist bei uns nicht gegeben. Um so notwendiger erscheint es, daß unter diesen Umständen die zweite Voraussetzung erfüllt wird, und daß, wenn nicht das Volk sich in eine politische Tradition einfügen kann, dann die Parteien den

Zwang zur Übernahme der Verantwortung in sich fühlen. Ich sollte meinen, diese Verantwortung müßten in erster Linie diejenigen Parteien tragen, die als Schöpfer der Verfassung den Satz in sie aufgenommen haben, daß jede Regierung des Vertrauens einer Mehrheit des Parlaments bedarf. Was geschah statt dessen? Als die Wahl mit einem Wahlerfolg der Oppositionsparteien endete, einem Erfolg, der weder nach der äußersten Linken noch auch durch Zusammenfassung der Opposition von rechts eine Mehrheitsbildung erkennen ließ, weidete man sich an der Ratlosigkeit der Sieger. Die Stellung, die die Sozialdemokratie einnahm, war besonders unverständlich. Nun hat Abgeordneter Dr. Hergt gesagt, es habe sich die Notwendigkeit einer

Koalition aller bürgerlichen Parteien ergeben. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Ich komme sachlich mit Dr. Hergt überein, aber nicht mit seiner Kritik an dem persönlichen Verhalten Dr. Heinzes. Machen wir uns doch nichts vor. Ein bürgerliches Kabinett war tatsächlich unmöglich. Nun werden auch lebhafteste Bormwürfe in der Richtung erhoben, so z. B. im „Berliner Tageblatt“, wir hätten in wenigen Tagen umgelernt, während die Demokratische Partei ihre Grundzüge unverfehrt durchgelehrt habe. Demgegenüber betone ich: In den Verhandlungen ist niemand zugezogen worden, Grundzüge aufzugeben. Jede Koalition bedeutet eine Zurückstellung grundsätzlicher Programmpunkte. Das gilt für unsere Stellung zur Frage der Staatsform, wie denn die Erklärung, die der Abgeordnete Dr. Hergt namens der Deutschnationalen Volkspartei in diesem Sinne abgegeben hat, ebenso gut von uns hätte ausgehen können. Wir wissen, daß wir gegenwärtig den inneren Frieden unseres Vaterlandes höher stellen müssen als alles andere. Diese Haltung sollten doch auch gerade die Demokraten verstehen. Denn was am 9. November zusammenbrach, das war die Staatsform, für die die alte Fortschrittspartei ein halbes Jahrhundert gekämpft hat.

Schiffer (Dem.) erklärte, er wolle sich nicht so sehr in Parteipolitik einlassen. Das Volk habe diese Auslassungen satt. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Sie habe das verstanden und sich zur Zurückziehung aus der Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch zum Eintritt in die Regierung schlüssig gemacht habe, so sei die Vaterlandsliebe daran schuld, wie das auch beim Zentrum der Fall gewesen sei. Der Sozialdemokratie müsse er aber Bormwürfe machen, wenngleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gewehr bei Fuß stehe. Daß gegen die Deutschnationalen sowohl im Innern Deutschlands wie auch im Ausland ein gewisses Mißtrauen herrsche, sei wohl erklärlich. Die Auswahl der Persönlichkeiten sei die Hauptsache für die auswärtige Politik. Große Töne würden wir in Spa nicht anschlagen, aber auch nicht kriechen. Gingen die Forderungen über das Maß des Möglichen hinaus, müßten wir nein sagen. Die Hebung der Industrie und des Handels sei die zweite Forderung. Dazu komme die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die allmählich erfolgen müsse. Die Kriegsgesellschaften müßten verschwinden. Er schließe mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (Bagr. Bpt.) verlangt eine Bilanz der unverfälschten Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spa gehen. Uns lege man nur Lasten auf, die uns wirtschaftlich ruinieren. Zur Hebung unserer Wirtschaft geschehe nichts. Schon heute hätten wir nicht genügend Kohlen, um unsere Industrie aufrechtzuerhalten. Deshalb dürfe uns Oberschlesien nicht genommen werden. Frankreich verpasse, daß es uns nicht unter Druck halten kann, ohne sich selbst zu drücken. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerspruch lösen könne. Der Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warne vor der Erhöhung der Getreidepreise. Wir wollen Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Baluta zu unseren Gunsten laufe. Er bittet ferner, das steuerfreie Einkommenminimum zu erhöhen und warnt vor zu großer Zentralisierung, die den ganzen Betrieb unnütz verteuere. Zum Schluß bittet er die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit aufzumachen.

Präsident Lobe teilt sodann mit, daß ein Antrag der Unabhängigen Arbeiter und Genossen vorliege, wo-

nach die Regierung nicht das Vertrauen des Reichstags besitze.

Nächste Sitzung Donnerstag, 1. Juli, 1 Uhr nachmittags: Reichsanstifter, Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm.

Berlin, 1. Juli. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage wegen weiterer vorläufiger Regelung des Reichshaushaltsplans für 1920. Die Beratung wird ausgesetzt, da der Haushaltsausschuß seine Vorberatung noch nicht beendet hat.

Ein Antrag sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten und der Deutschnationalen ist auf die Niederlegung einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Prüfung der Unzulänglichkeiten gerichtet, welche durch den zehnprozentigen

Steuerabzug von Eöhnen und Gehältern hervorgerufen worden sind. Der Antrag wird nach den Vorschlägen des Reichstagsrats ohne Erörterung angenommen, und es werden diesem Ausschuß auch die auf denselben Gegenstand sich beziehenden Anträge der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten mit überwiesen. Der Ausschuß soll alsbald zusammentreten und in zwei bis drei Tagen Bericht erstatten.

In allen drei Lesungen gefaßt ferner der Gesetzentwurf über ein deutsch-französisches Abkommen über elsaß-lothringische Rechtsangelegenheiten ohne Erörterung zur Annahme. Darauf folgt die Fortsetzung der

Beiprägung der Regierungserklärung. Es liegt dazu der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Erteilung eines Mißtrauensvotums vor.

Abg. Müller, Franken (Mehrh.-Soz.): Dem Abgeordneten Ledebour wolle er nicht in der von diesem beliebigen Weise entgegenstehen, da damit dem Interesse der Arbeiter nicht gedient werde. Für die Mehrheitssozialdemokratie hätten die Mostauer längst ihren Heiligenschein verloren. Man habe seiner Partei das Leben an den Ministertischen vorgeworfen; das sei mitbestimmend dafür gewesen, daß sie sich an der Kabinettsbildung nicht beteiligt habe. Der neuen Regierung werde seine Partei abwartend gegenüberstehen und den unabhängigen Mißtrauensantrag nicht unterstützen.

Unsere trübe Finanzlage. Reichsfinanzminister Dr. Wirth gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen und bittet das Haus, ihre ganze Tragik auf sich wirken zu lassen. Die Entwicklung der Reichsfinanzen seit 1914 zeigt, daß im Grunde genommen die Anfänge der jetzigen Finanzkrise zurückreichen bis in die erste Zeit des Krieges, denn schon damals begann das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben, die normalerweise auf den ordentlichen Etat genommen werden mußten, um zwischen den laufenden Einnahmen sich herauszubilden. Steuerpolitisch sah es schon im Jahre 1916 ziemlich trübe aus. Vom Jahre 1917 an beginnt die zweite Phase der wachsenden Finanznot. Unsere Volkswirtschaft ist damals schon stark ausgebeutet. Die Aufwendungen für den Krieg sind bei uns wie bei allen Nationen progressiv gewachsen, und der letzte Kampfesmonat, der Oktober 1918, erforderte allein an außerordentlichen Ausgaben 4,8 Milliarden Mark, also einen höheren Betrag als früher ein ganzer Krieg verschlang. Und dann kam

der Zusammenbruch! Mit ihm tritt die Krise unserer Finanzen in das dritte Stadium. Es beginnt die geradezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld. Der Haushalt des Jahres 1919 weist rechnungsmäßig die geradezu fabelhafte Summe von rund 74½ Milliarden Mark auf. Jetzt erst zeigt sich die verwüstende Wirkung des Krieges. Die ganze Volkswirtschaft ist erschüttert und fordert Stützung durch das Reich. Die Lebensmittelmilliarden, die wir ausgegeben haben, die Hunderte von Millionen für die Verbilligung der Bautätigkeit und all diese anderen Summen, die hier in Frage kommen, zeigen, wie ungeheuerlich die Wirkungen des Krieges die Volkswirtschaft belasten. Der neue Etat von 1920 ist noch immer nicht fertig. Der Haushaltsentwurf sieht annähernd 28 Milliarden Mark an ordentlichen Ausgaben vor. Die Einkommen des ordentlichen Haushalts sehen auch noch Einnahmen aus

nach nicht bewilligten neuen Steuern in Höhe von 2,9 Milliarden vor. Wenn diese neuen 2,9 Milliarden Steuern bewilligt sind und all diese Summen einkommen, so wird zum ersten Male seit der Vorkriegszeit wieder ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt erzielt werden. Bei den Schwierigkeiten der Veranlagung und besonders mit Rücksicht auf die noch nicht bewilligten neuen Steuern fürchte ich aber sehr, daß wir das gewünschte Ziel in diesem Jahr rechnungsmäßig noch nicht erreichen. Dr. Wirth gibt dann die Zahlen des außerordentlichen Haushalts wieder. In der Schätzung, die noch vor wenigen Wochen vorgenommen

worden ist, rechnete man bei der Post mit einem Fehlbetrag von 870 Millionen Mark, bei der Eisenbahn aber mit 12 Milliarden, so daß sich ein annähernder Fehlbetrag von 13 Milliarden ergeben hätte. Die neuere Berechnungen aber kommen für die Eisenbahnverwaltungen höher. Man rechnet jetzt mit 14 bis 15 Milliarden Mark Fehlbeträgen. Beim Verkehrsweisen zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der noch vor einigen Monaten so viel gepriesenen Theorie von der Angleichung der Inlandpreise an den Weltmarktpreis. Wenn alle Beträge zusammengefaßt werden, wird sich eine

Reichsschuld von 264 bis 265 Milliarden ergeben. Mein Streben geht seit der kurzen Zeit, seit welcher ich im Amte bin, stets dahin, die Veranlagung der neuen Steuern, soweit als möglich, zu beschleunigen. Als steuerliche Maßnahme, um deren unbedingte Regelung noch in dieser Tagung ich den Reichstag dringend bitten muß, kommt die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes in Betracht. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft wesentlich ab, sondern auch die Frage des gesamten europäischen Wiederaufbaues. Die ganze Welt muß von dem

Geldwahn loszukommen suchen, muß wirtschaftlich denken lernen. Man darf nicht vergessen, daß internationale Schuldabtragungen nur erfolgen können durch Sachgutlieferungen oder Dienstleistungen irgendwelcher Art. Das ganze Wiedergutmachungsproblem wächst sich damit von selbst aus zu einem Problem der Produktion. Das Problem ist nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches, ja es ist ein Weltproblem. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk habe nicht nur erklärt, daß sie bereit sind, ihren Verpflichtungen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen und damit auch im Rahmen der im Friedensvertrag gesteckten Grenze nachzukommen; sie haben trotz aller ungeheuren Räte der Zeit bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie noch keinem Volk nach einem verlorenen Krieg auferlegt worden sind. Nur ein entschlossener eiserner Wille zum Wiederaufbau kann uns vor dem drohenden Verderben retten. Die Not der Zeit muß bezwungen werden; nur durch ihre Bezwingung können wir sie beseitigen. (Beifall.)

m. Reichstag vom 2. Juli. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. — Dr. Philipp (Dnl.) fragt, was die Regierung tun wolle, um die Haftentlassung des Wiesbadener Verlagsbuchhändlers Wibt durchzusetzen, der von den Franzosen wegen eines politischen Schreibens an den preussischen Ministerpräsidenten verhaftet worden sei. Regierungskommissar Lehmann erklärt, daß die Regierung noch nicht in der Lage sei, volle Aufklärung zu geben. — In der fortgesetzten Debatte über die Regierungserklärung erhält zunächst der Reichsernährungsminister Dr. Hermes das Wort. Er führt aus: **Die Entbehrungen in der Ernährung.** die zu den Unruhen in den letzten Tagen geführt haben, sind auf das Höchstmaß des Erträglichsten gestiegen und nötigen die Regierung, einzugreifen. Leider sind die Bedingungen hier für sie sehr schwierig. Eine Preispolitik zugunsten der Landwirtschaft lehnen wir ab. Aber den Landwirten müssen Preise zugestanden werden, die den Produktionskosten entsprechen. Hier dürfen sich keine politischen Ansichten vordrängen. Die Preissteigerung im übrigen ist eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendung des Reiches von zehn Milliarden Mark konnten die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung eingerichtet werden. Das wird auch im kommenden Jahre der Fall sein müssen. Um den Bandwurm zu schützen, sind für den Herbst d. J. Mindestsätze eingeführt worden. Die Unterkommision des Reichsernährungsministeriums hat nun genaue Zahlen festgestellt und ist dazu gekommen, den Zuschlag der Produktionsverteuerung mit 55 Prozent festzusetzen. So wird die Tonne Roggen 1500 M kosten, die Tonne Kartoffeln dagegen auf 500 M stehen bleiben. Diese unvermeidliche Erhöhung des Getreidepreises ist aber immer noch so gestellt, daß das Brot nicht teurer zu werden braucht. Die Hauptsache ist, die heimische Ernte ganz zu erfassen. Das wäre zu erreichen, wenn das Getreide gleich nach der Ernte erfaßt werden könnte, und hierin liegt der Grund für die Beibehaltung der Frühdrauf- und Ablieferungsprämien. Die Reichsgetreidekette hat im Ausland geeignete Deute, um die Beschaffung des Auslandsgetreides dort zu beschleunigen. Es steht zu hoffen, daß die Ausfuhr jetzt schnell erfolgen kann. Zugleich ist in diesem Jahre mit einer Frühernte zu rechnen. So wird die Reichsgetreidekette hoffentlich wieder in die Lage kommen, Reserven zu schaffen und namentlich im Westen und Süden des Reiches größere Bestände zu lagern. Auch die Aussichten für die kommende Ernte scheinen nicht schlecht. Die Bestände an Schlächtiere haben sich gehoben. Die Preise dürften sich hier um ein Drittel ermäßigen. **Die Viehhandelsverbände müßten aber recht bald ver-**

schwinden. (Beifall.) Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genüge aber noch lange nicht. Sehr übel sei es noch mit der Versorgung mit Ölen und Fetten bestellt, besonders die Margarinefabrikation habe darunter zu leiden. Die Zuckerproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung habe jedoch für Kohlenzufuhren für die Zuckerindustrie gesorgt. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahre um 10 bis 12 Prozent erfolgt. Die Regierung werde alles zur Hebung der Zuckerproduktion tun, freigegeben werden kann aber der Zucker noch nicht. Das Bestreben der Regierung sei auf eine **Verbesserung der Gemüsepreise** gerichtet. Es sollten nur noch solche Organisationen und Kriegsgesellschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich seien. Zum Schlusse seiner Ausführungen appellierte der Minister an die Landwirtschaft, anzuerkennen, was die Regierung zur Hebung der Lage tue, andererseits aber auch ihrer Versorgungspflicht nachzukommen. Dann müsse er aber auch das Publikum mahnen, die Landwirtschaft zu schützen. Keinem Bauer könne vorgeschrieben werden, was er bauen solle. — Dr. Helfferich (Dnt.) wird von den Unabhängigen mit warm und höflichen Zurufen empfangen und kann sich kaum verständlich machen. Redner wendet sich gegen Ausführungen des Finanzministers und betont, daß er im Einklang mit vielen Mitgliedern des Hauses während seiner Amtsperiode wieder und wieder auf die Erhebung von Kriegssteuern gedrängt habe, es sei aber stets dagegen protestiert worden, namentlich von Seiten eines Zentrumsmitgliedes namens Erzberger. (Schallende Heiterkeit. Hör! Hör!) Auch Herr Schiffer habe sich gegen Kriegssteuern gewehrt und alles auf Anleihen nehmen wollen. (Unruhe.) Kein Mensch wisse, was erforderlich sei, um unsere Eisenbahnen wieder leistungsfähig zu machen, die nicht allein der Krieg zugrunde gerichtet habe. Wir sind auf dem Wege zum Bankrott unseres Staatseisenbahnsystems. Die ganze Trostlosigkeit des Ausblickes in der Rede des Reichsfinanzministers war Entsetzen erregend. Wenn wir aus dem Elend keinen Ausweg fänden, würden wir am besten tun, hieraus die Konsequenzen zu ziehen. (Mörderischer Lärm auf der Tribüne. — Minutenlang Unruhe. — Ledebour und Beyer schreien auf Helfferich ein.)

Am Schluß der Sitzung ergreift Reichstanzler Fehrenbach das Wort zu einem Dank für die ruhige und sachliche Art der Besprechung der Regierungserklärung; er wies auf den bevorstehenden **Gang nach Spanien**, wo die Regierung mit ernster Würde zu wahren verspreche, und schloß mit dem Wunsch, in dieser schweren Stunde der Regierung das Amt nicht durch leidenschaftliche innerpolitische Kämpfe zu erschweren. — Darauf wurde der Antrag der Unabhängigen, der der Regierung das Mißtrauen aussprechen will, in namentlicher Abstimmung mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt und unter Ablehnung eines deutschnationalen Antrages mit 253 gegen 62 Stimmen bei 54 Enthaltungen folgender Antrag der Koalitionsparteien angenommen:

Der Reichstag hat die Erklärungen der Regierung vom 28. Juni zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa, führen wird.

Gauturnfest zu Rüdelsheim a. Rh.

A Rüdelsheim, 5. Juli. Das am Samstag und Sonntag stattgefundene Wettturnen des Turngaues Südnassau hat sich in allen seinen Teilen zu einem ganz bedeutenden Erfolg auf turnerischem Gebiete ausgezehrt. Eine ungemein große Beteiligung, wie sie auch vor dem Kriege noch niemals vorlag, gab der Veranstaltung breitere Unterlage, auf der sich alle Vorführungen in bester Weise abwickelten. Eingehendste Vorbereitungen unterstützten die Veranstaltung, und überaus zahlreich war die Zuschauermenge; nicht allein aus der festgelegenden Stadt Rüdelsheim, sondern von weit her war man herbeigeströmt, teilzunehmen an dem Feste. Und mit großem Interesse verfolgte man die Vorgänge auf dem herrlich am Rheine gelegenen, überaus geräumigen Plage, der trotzdem die Zuschauer nicht alle fassen konnte. Man gewann den Eindruck, daß das Turnen doch zu einem Allgemeingut der Bevölkerung geworden ist, und freut sich der regen Teilnahme, die diese beste aller Arten, Körper und Geist zu pflegen und zu stärken, allseits findet.

Samstag Abend bereits kamen die entfernter wohnenden Turner, sowie die Kampfrichter, denen es oblag, die turnerischen Übungen zu werten, in Rüdelsheim an. Alle fanden freundliche, von der Bevölkerung gerne gebotene Quartiere, und es mag gleich betont werden, daß dies Entgegenkommen der festgelegenden Stadt allseits gerne und mit

Dank anerkannt wurde. Die Gäste nahmen auch auf diesem Gebiete eine schöne Erinnung mit nach Hause.

Die Begrüßungsfeier am Samstag Abend, bei welcher die Kapelle der Feuerwehr mitwirkte, in der Turnhalle der Turngemeinde, die bei all ihrer Größe die Ehrenten kaum fassen konnte, verlief in schöner Weise. Die Stadt Rüdelsheim hatte als ihren Vertreter den Hrn. Bürgermeisterei-Beigeordneten Julius Trapp entsandt. Nach einigen kurzen Eröffnungsworten des 2. Vorsitzenden der Turngemeinde, Herrn Karl Meier begrüßte Herr Trapp namens der Stadt in trefflicher Rede die Anwesenden, worauf der Vorsitzende des Turngaues Südnassau, Herr S. Oswald aus Rüdelsheim, in eingehender Festrede Art und Wesen des Deutschen Turnens, seine Wege und Ziele, darlegte. Was wollten die Turner erreichen? welchen Zwecken dienen ihre Bestrebungen? Durch planmäßige Leibesübungen wollen sie die Jugend zu kräftigen, tüchtigen Menschen heranbilden, die, gesund an Leib und Seele, sich aus Uebereizung frei und freudig den Aufgaben widmen, die Familie, Beruf, Allgemeinheit und Vaterland auferlegen. In das auf das Vaterland ausgebrachte „Gutheil!“ stimmten alle Anwesenden begeistert ein.

Verbandsturnwart Fritz Engel, Wiesbaden, überbrachte die Grüße des Turnverbandes (umfassend die Turngaue Südnassau, Rheinhessen und Unter-Rhein) und den Wunsch auf bestes Gelingen des Festes.

Die Damenabteilung der Turngemeinde Rüdelsheim bot unter Leitung des Turnwartes Herrn Hans Jung treffliche Leistungen in kraft ausgeführten Stabübungen; eine famose Barren-Riege, aus ersten Kräften des Turngaues zusammengestellt, zeigte, was man in ernstem Streben an turnerischer Fertigkeit erreichen kann. Die beiden Gesangsvereine der Feststadt, der „Männergesangsverein“ und der „Männerchor Harmonie“, boten unter der kunstvollen Leitung ihrer Dirigenten schwungvoll vorgetragene Chöre, und einige gemeinsame Lieder vervollständigten den Abend in seinem sehr schönen Verlaufe.

Sonntag Vormittag um 8 Uhr begann das Wettturnen; der praktisch hergerichtete große und sehr schöne Turnplatz auf den Rheinwiesen oberhalb der Stadt bot ein prächtiges Bild turnerischer Tätigkeit, die in streng geregelter Ordnung die vielfältigste zusammengefasste Turnarbeit zu bewältigen hatte; Turnergeist und Turnordnung führten diese wirklich große und schwierige Aufgabe reiflos durch. Die gebotenen Leistungen zeigten auch dem nicht sachkundigen Auge, daß das Turnen weitere bedeutende Fortschritte in seiner Entwicklung zum Allgemeinut des Volkes gemacht hat, und wahrhaft herzerfreuend war, zu sehen, mit welchem Ernst und Eifer auch die jüngsten, kaum der Schule entwachsenen Turnjünglinge an ihre Aufgabe herantraten; das sind die Grundlagen, hier wurzelt die starke, unverwundbare Kraft unseres Volkes. Aber auch die älteren Jahrgänge zeigten den hohen gesundheitslichen Wert des Turnens; traten doch hier die Männer im Alter von 35 und mehr Jahren zum friedlichen Wettbewerb an: Eingeteilt in 2 Turnrieen, eine von 35—45 Jahre, die andere über 45 Jahre (63 Jahre zählte der älteste Teilnehmer), rangen auch sie in der Erinnerung früherer Zeiten nochmals um den Ehrenkranz und — es kann freudig gesagt werden — trotz der immerhin schwierigen Aufgabe vollzogen Alle sie in erfolgreichster Weise. Väter und Söhne in gemeinsamem Streben nach gemeinsamem gesundheitsfördernden Ziele —, wo gibt es ein schöneres Bild?

Bei der unerwartet großen Zahl der Teilnehmer am Wettturnen zog sich dasselbe in einzelnen Riegen bis nahezu 2 Uhr hinaus.

Um 2 Uhr fand vom Marktplatz der Stadt aus ein gemeinschaftlicher Umarm aller Turner, deren die Morgenszüge noch eine überaus große Zahl aus Nah und Fern gebracht hatten, nach dem Festplatz statt, wobei sich bei Konzert der Feuerwehrkapelle ein überaus reges turnerisches Leben und Treiben entwickelte. Eingeleitet wurde es mit der Vorführung der allgemeinen Freiübungen, an denen über 700 Turner teilnahmen; außerdem waren noch über 70 Mitglieder der Frauen-Abteilungen des Turngaues Südnassau angetreten. Der Bürgermeister der Stadt Rüdelsheim, Herr Keumann, begrüßte die große Schaar der aus Nah und Fern herbeigeströmten Turner, dem sich der Landrat des Kreises Südnassau in markigen und trefflichen Worten anschloß. Die Reden endeten mit einem begeistert aufgenommenen „Weil!“ für Heimat und Vaterland.

Unstreitig ist das turnerische Leben auf einer hohen Stufe der Entwicklung angelangt; die ge-

botenen turnerischen Vorführungen treten heute weit aus dem von früheren Zeiten her gewohnten Rahmen heraus; sie umfassen alle Seiten körperlicher Tätigkeit mit dem stark betonten Neben- und Zweck auf Ordnungsliebe und Wohlverhalten. Hervorragendere Leistungen einzelner Riegen zu erwähnen, hieße, alle anderen benachteiligen; Alle boten ihr ganzes Können und standen auf der Höhe der Anforderungen.

Bis zum Abend währten die Vorführungen der Vereinsrieen und der Frauen-Abteilungen, die Sondervorführungen und Spiele. Ein später einsetzender Regen konnte dem gut durchgeführten und gut verlaufenen Feste nicht viel Abbruch tun. Die Siegereverenz wurde allerdings dadurch beeinträchtigt; dem Turnersmann aber macht ein bißchen Regen nichts aus, zumal solcher der lebendigen Natur überaus zuvorkommt. Die Abendzüge mit eingelegten Vorzügen brachten die Massen der Turner wieder zum heimischen Herde zurück.

Rüdelsheim aber kann sich rühmen, eine über den erwarteten Rahmen groß hinausgewachsene turnerische Veranstaltung in reiflos guter Weise durchgeführt zu haben, wozu die ganze Einwohnerschaft in schönem Gemeinfinne mitwirkte, was auch der Gauturnwart des Gaues bei der Siegereverenz in warmen Worten anerkannte.

Der Montag-Nachmittag bietet den Schulen Gelegenheit, mit Spiel und Reigen auch ihrerseits zu dem schönen Gelingen des Ganzen beizutragen. Von 5 bis 8 Uhr finden auf dem Festplatz Vorführungen der Schüler und Schülerinnen der heimischen Schulen unter sachkundiger Leitung statt, sodas das Fest auch der Erziehung der Schulkinder dienlich gemacht wird.

Aus der uns vorliegenden, für heutige Nr. ungenügend umfangreichen Siegerliste führen wir vorerst nur die als 1. und 2. Sieger in jeder Stufe verzeichneten Namen auf:

Oberstufe. 39 Teilnehmer:	Punkte.
1. Hans Kramme, Turn-B. Biebrich	128 1/2
2. Jakob Jffinger, Turnerschaft Geisenheim	118 1/2
Mittelfstufe. 112 Teilnehmer:	Punkte.
1. August Burt, Turnerschaft Geisenheim	138
2. Mart. Schönscher, Turngem. Winkel	133
Unterstufe. 184 Teilnehmer:	Punkte.
1. Fritz Volk, Turnverein Oberwalluf	130 1/2
2. Walter Brunt, Turngem. Sonnenberg	129
Altersrieen (über 45 Jahre) 17 Teilnehmer:	Punkte.
1. Karl Kugel, M.-T.-B. Wiesbaden	102
Willy Roffel, T.-B. Wiesbaden	
2. W. Meyer, Turn-Ges. Wiesbaden	101
Altersriegel (35 bis 45 Jahre) 35 Teilnehmer:	Punkte.
1. Fritz Jffinger, Turnerschaft Geisenheim	104 Punkte
2. Jos. Jock, Turnverein Wiesbaden	99 1/2
Os. Jffinger, Turnerschaft Geisenheim	
Bereinswettturnen.	
IV. Stärkelasse.	
Turnverein Biebrich	68 1/2 Punkte 1. Rang
Turnerschaft Geisenheim	67
III. Stärkelasse.	
Turnverein Dogheim	64,33 Punkte 1. Rang
Turngemeinde Eltville	62,33
II. Stärkelasse.	
Turnverein Mittelheim	65 Punkte 1. Rang
Turnerschaft Riedrich	62
I. Stärkelasse.	
Turnverein Niederwalluf	65 1/2 Punkte 1. Rang
Turnver. in Wellerod	63 1/2

Vermischte Nachrichten.

Rüdelsheim, 5. Juli. Der Magistrat gibt Folgendes bekannt: In der Woche vom 6.—12. d. M. kommen folgende Lebensmittel zur Veranschlagung: Bei den Mehrgern am Mittwoch u. Donnerstag Speid; abgetrennt wird Nr. 34 der Fettkarte. Ferner in allen Geschäften Margarine, Pasterflocken, Erbsen und Bohnen. Abgetrennt wird für Hülsenfrüchte Nr. 16 der Lebensmittelliste, für Margarine Nr. 35 der Fettkarte. Auf den Kopf entfallen: Speid 250 Gramm zum Preis von 7.10 M., Margarine 250 Gramm zum Preise von 6.25 M., Pasterflocken 250 Gramm zum Preise von 1.15 M., Erbsen 500 Gramm zum Preise von 4.70 M., Bohnen 500 Gramm zum Preise von 3.40 M.

Keine Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone.

Paris, 1. Juli. Die Botschafterkonferenz prüfte den Text der Antwort auf die Note der deutschen Regierung, die eine Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone auf dem rechten Rheinufer beantragte. Die Konferenz sprach sich im unbedingt ablehnenden Sinne aus. Ihre Entscheidung soll vor Bekanntgabe an die deutsche Regierung dem alliierten Rat in Brüssel vorgelegt werden.

Nr. 43 des „Rheinländer Anzeiger“ 1920 wird zurückzukaufen gesucht

Die Geschäftsstelle.

Verantw. Schriftleitung: J. L. Meyer, Rüdelsheim.

Bekanntmachung.

Nach § 41 des Gesetzes über das **Reichsnotopfer** ist der Abgabepflichtige berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe zu leisten. Die Vorauszahlung kann außer durch Barzahlung, für die besondere Vergünstigungen bestehen, auch durch Hingabe von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schakanweisungen des Deutschen Reiches erfolgen. Da das Reichsnotopfer vom 1. Januar 1920 an mit 5 v. H. verzinst werden muß, empfiehlt sich alsbaldige Vorausentrichtung. Auch vor der Veranlagung wird jeder an Hand des Gesetzes ohne Schwierigkeiten wenigstens die Mindestgrenze seiner Abgabe selbst berechnen können; auch werden die Finanzämter bereit sein, den Abgabepflichtigen bei dieser Berechnung an die Hand zu gehen.

Da die Steuerkurse für die anderen Anleihewerte noch nicht feststehen, kommen vorerst für die Annahme nur selbstgezeichnete oder als selbstgezeichnet geltende Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schakanweisungen der Kriegsanleihe in Frage; bis zum 31. Dezember 1920 die 4 1/2-%igen, selbstgezeichneten Schakanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe zum Werte von 96 50 für je 100 Mk. Nennwert, alle übrigen selbstgezeichneten Stücke der Kriegsanleihen zum Nennwert angenommen, falls die Stücke noch mit den Zinscheinen mit Zinsentlauf vom 1. Januar 1920 versehen sind. — Bei Anleihestücken mit späterem Zinsentlauf erfolgen entsprechende Abzüge.

Wer selbstgezeichnete Schuldverschreibungen oder Schakanweisungen der Kriegsanleihe hingeben will, hat zunächst den Nachweis der Selbstzeichnung sich durch eine Bescheinigung der Zeichnungsstelle (Vermittlungsstelle) in Anspruch nehmen lassen eine solche des zuständigen Finanzamts zu verschaffen und sodann die Stücke unter Beifügung dieser Bescheinigung mit einem durch Ausfüllung eines Vordruckes zu stellenden Antrag bei einer Annahmestelle einzureichen.

Als solche Annahmestellen kommen für den Bezirk des Landesfinanzamts Cassel in Betracht: Die Regierungshauptkassen Cassel und Wiesbaden, die Oberfinanzkasse Cassel, die Zollkassen der Hauptzollämter Cassel, Frankfurt a. M., Borsenstraße, und Niederrhein, Hanau, Marburg a. d. L., Oberlahnstein, Wiesbaden und der Zollämter Dillenburg, Schwelb, Fulda, Höchst a. M., Limburg und Wehlar. Ferner werden als Annahmestellen noch eine Reihe von größeren Sparkassen bestimmt und bekanntgegeben werden.

Wer zur Entrichtung des Reichsnotopfers Schuldbuchforderungen des Deutschen Reiches verwenden will, hat bei der Reichsschuldenverwaltung (Schuldbuchangelegenheit) in Berlin SW. 68, Oranienstraße 92/94, einen Antrag auf Uebertragung seiner Schuldbuchforderung oder eines entsprechenden auf volle Hundert Mark lautenden Teiles auf das Konto der Reichskasse für Reichsnotopfer auf besonderen Vordruck zu stellen.

Die Vordrucke zu den Anträgen werden den Abgabepflichtigen von den genannten Annahmestellen oder auch den Finanzämtern kostenfrei abgegeben.

Cassel, den 14. Juni 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamtes.
gez. Saemisch.

Unter Bezugnahme auf den Schlusssatz vorstehender Bekanntmachung wird bemerkt, daß die Vordrucke noch nicht eingetroffen sind und daß deren Eintreffen zur Zeit bekanntgegeben wird.

Küdesheim a. Rh., den 1. Juli 1920.

Finanzamt.

Finanzamt.

3. Nr. 614.

Küdesheim, den 28. Juni 1920.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Geschäfte der Oberbehörden in Stempel-, Verkehrs- und Erbschafts-Steuerfachen mit Wirkung vom 19. 4. 20 ab und hinsichtlich der Besitz-, Umsatz- und Grunderwerbssteuern vom 15. Juni 1920 ab auf das Landesfinanzamt zu Cassel — Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern — übernommen worden.

Hiernach sind vom 19. April 1920 ab die Geschäfte der seitherigen Oberzollverwaltung auf dem Gebiet des Stempel-, Verkehrs- und Erbschaftssteuerwesens vom 15. Juni 1920 ab die seither von der Regierung zu Wiesbaden wahrgenommenen Geschäfte auf dem Gebiete der Einkommens- und Besitzsteuer auf das Landesfinanzamt zu Cassel übergegangen.

Finanzamt.

Anruf an die nassauischen Landwirte!

Der Verein nassauischer Land- und Forstwirte, die älteste landwirtschaftliche Körperschaft des ehemaligen Herzogtums Nassau und eine der ältesten landwirtschaftlichen Vereinigungen im Deutschen Reich, begeht in den Tagen vom 5. und 6. Juli ds. Js. in Gemeinschaft mit dem **Landwirtschaftlichen Institut zu Hof Geisberg** die Feier seines **hundertjährigen Bestehens**. Nassauische Landwirte! Es ist Euer früherer landwirtschaftlicher Zentralverein, der jetzt seinen 100. Geburtstag feiert, es ist Euer nassauisches landwirtschaftliches Institut, das das gleiche Fest begeht. Zeigt auch hier die Zusammengehörigkeit der nassauischen Landwirtschaft und erscheint zahlreich zu dem Jubelfeste. Versäumt auch nicht, Eure Frauen und erwachsenen Kinder an der Feier mit teilnehmen zu lassen. Nassauische Landwirte! Kommt alle! Ihr seid herzlich willkommen!

Auf Wiedersehen am 5. und 6. Juli in Wiesbaden!

Wiesbaden, den 28. Juni 1920.

Das Direktorium
des Vereins nassauischer Land- u. Forstwirte.

Für die Reisezeit empfehlen wir die Benutzung unserer neuen erstklassigen Tresor-Anlage zur Aufbewahrung von Wertgegenständen in Paketen, Kisten und Koffern. Bestätigung der Anlage bereitwilligst gestattet.

Städtische Sparkasse Wiesb.

Die Rechnung der isr. Kultusgemeinde pro 1919/20 liegt Rheinstraße 36 von heute ab 8 Tage offen.

Beamten- u. Bürgerkonsumverein Rhein—Main

e. G. m. b. H.

Zweiggeschäft Küdesheim, Kirchstraße 8.
Büro: Wiesbaden, Abelheidstraße 53. Tel. 6253 u. 6283,
eigene Bäckerei, Kaffeerösterei, Holz- und Kohlenlager.

Wir erzielen in diesem Jahre einen Umsatz von

5 Millionen Mark

in 17 Verteilungsstellen.

In diesem Jahre gelangt eine Rückvergütung auf die entnommenen Waren von insgesamt

Mark 200 000

zur Verteilung.

Wir bitten unsere verehr. Mitglieder, um eine geregelte Abwicklung unseres **Jahresabschlusses** zu ermöglichen, bis spätestens am **15. Juli** alle **Rassenbons** gegen **Geschäftsmarken** und die **grünen Markenkarten** gegen Quittung in unseren Läden abzuliefern.

Der Vorstand.

Jagd-Verpachtung.

Samstag, 17. Juli, nachmittags 1 Uhr,

wird im Rathausaale zu **Weisel** bei **Gaub a. Rh.** die Jagd des Bezirks Weisel neu verpachtet werden.

Die Bedingungen liegen bei dem Jagdvorsteher bis zum 15. Juli offen. Der Jagdbezirk kann in Gegenwart des Försters eingesehen werden.

Der Bezirk umfaßt 3076 Morgen Feld und 2146 Morgen Wald.

Weisel, 30. Juni 1920.

Der Jagdvorsteher:
Bürgermeister Steeg.

Loose

der Preuß. Klassenlotterie

Ziehung 1. Klasse 13. Juli 1920

einschl. Steuerzuschlag

1/8 1/4 1/2 3/4 Los

7.30 14.60 29.20 58.40 pro Klasse oder

36.50 73.— 146.— 292.— für 5 Klassen

Porto 50 Pfg., empfiehlt

Bellesheim, Preuß. Lott.-Einnahmer,
Bingen a. Rh.

Postcheckkonto 15 221 Frankfurt a. M.

Im frisch gebrannte

Ringofensteine

liefert

Eltviller Ringofenziegelei.

Bestellungen sind zu richten an

Josef Abt, Eltville.

NB. Bezugsscheine sind erforderlich. Bis zu 3000 Stück kann das Landratsamt ausstellen, für größere Quantitäten der Herr Bezirkswohnungs-Kommissar, Bauhoff Beschaffungsstelle in Cassel, Bahnhofstr. 1.

Tüchtiges, besseres
Alleinmädchen

(perfekt in Küche u. Haushaltung) bei hohem Lohn per sofort oder später gesucht. (Monatsfrau vorhanden.)

Schneider, Mainz,
Uferstraße 15.

Schöne
Johannis-
beeren

zu haben bei
Wilh. Jörg,
Eibingen.

Die nächste
Mütterberatungs-
stunde

in **Ahmannshausen** findet **Mittwoch, den 7. ds. Mts., um 3 1/4 Uhr** nachmittags statt.

Ein Mädchen

für täglich 2 Stunden gesucht.
Löhrstraße 2, Küdesheim.

Prima Salinensalz

(kein Steinsalz)

Viehsalz,
Hafer,
Haferkleie,
Melasse,
Trockenschmelz

am Lager

Altes u. neues Mleehen

in Wagenladungen zu billigsten Tagespreisen.

Georg Strauß, Geisenheim,

Marktstraße 24. Telefon 240.